

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Petit-
zeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 25

Donnerstag, den 20. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Seifenpulver-Zucker. Auf einem Berliner Bahnhofe gelang es drei Gauner zu überraschen, als sie gerade im Begriffe waren, Säcke mit Zucker aus den Eisenbahnwaggons auf ein halbes Duzend bereitstehender Fuhrwerke umladen zu lassen. Ein Blick auf die Frachtbrieve zeigte, daß die Sendung als Waschpulver und Salz deklariert war. Die Schieber wurden festgenommen und der Zucker — 400 Zentner — beschlagnahmt.

Hausboote auf der Elbe. Eine Magdeburger Schiffswerft hat sich entschlossen, Hausboote zu bauen, die gleich in Serien hergestellt werden sollen und deren Herstellungszeit daher nur sechs Wochen dauert. Sie enthalten 2 bis 3 Zimmer, Korridor, Küche, Nebengasse, natürlich auch die üblichen sanitären Einrichtungen. Sie sollen verhältnismäßig nicht allzu teuer werden und dürften daher, da ihnen obendrein die Unnehmlichkeit der Bewegungsmöglichkeit innewohnt, viel Zuspruch finden. Man wird also bald auf der Elbe und ihren Nebenflüssen ein Hausbootleben antreffen, wie es die Londoner z. B. auf der Themse seit Jahren kennen.

Der Name des Verbrechers. Die Berliner Freiheit ist in der Lage, den Namen des Schurken mitzuteilen, der während des Krieges den Freiwilligen Helmhake zu Tode gemartert hat. Es handelt sich um eine Staatsstrolche (1), nämlich um den Oberleutnant Assessor Hans Hiller, Berlin N., Bollinerstraße 28, III.

Ein reicher Selbstmörder. Unweit der Bedau bei Duisburg fand man in einem Baume die Leiche eines Erhängten. Unter dem Baume lag eine Brieftasche mit 80 000 Mark in Banknoten. Ueber die Person des Selbstmörders herrscht völliges Dunkel.

Stillelegung der Höchster Farbwerke. Infolge Kohlenmangels sind die Höchster Farbwerke sowie die in der Umgebung von Frankfurt befindlichen chemischen Fabriken stillgelegt worden. Durch diese Stillelegung sind ungefähr 10 000 Arbeiter beschäftigungslos geworden.

Ertrag guter Ernte laut Statistischer Korrespondenz. wurden in Preußen nach den Vorschätzungen der Saatenstandsberichterstattung ausschließlich der Abtretungsgebiete an Weizengetreide einschließlich der zu Nahrungsmitteln dienenden Getreidearten, wie Gerste, Hafer, Buchweizen, im ganzen 10,54 Millionen Tonnen, gegen 10,27 Millionen Tonnen im Jahre 1918 geerntet. Bei den Hülsenfrüchten und den zugehörigen Gemengen überwiegen die diesjährigen Erträge jedoch oft sehr bedeutend die vorjährigen. Für Kartoffeln und die übrigen Hackfrüchte sind die geschätzten Mengen sämtlich geringer als im Vorjahr. Sie betragen 16,4 Millionen Tonnen gegen 18,7 im Vorjahr.

Neue Namen. Der Stadtrat von Wien beschloß die Umbenennung von 62 Straßen und 12 Brücken Wiens, um hierdurch die Erinnerung an die Zeit vor dem Umsturz auszulöschen. Wie der Gemeinderat mitteilte, soll die Umbenennung ein Geburtstagsgeschenk für die Republik herstellen.

Emmel tot. In der Landesheilanstalt Jena starb der frühere Reichstagsabgeordnete Leopold Emmel im Alter von 58 Jahren. Er vertrat im Reichstage den Wahlkreis Mühlhausen im Elsaß. Während des Krieges stellte er sich zu den Gegnern der Kreditbewilligung, konnte sich aber nicht entschließen, der Partei der Kriegsozialisten den Rücken zu kehren. Emmel neigte aber auch zur nationalen Richtung der Partei und vertrat anfänglich den Standpunkt, Elsaß-Lothringen müsse deutsch bleiben. Später war er für Volksabstimmung. Nach der Besetzung durch die Franzosen mußte er Elsaß verlassen und redigierte die Wpoldaer Volkszeitung.

Nach keine Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die in einigen Zeitungen veröffentlichte Nachricht, daß der erste Zug mit Kriegsgefangenen aus Frankreich am 1. November in Essen eingetroffen ist und weitere Transporte unterwegs seien, trifft nicht zu. Auch die Japanmeldung, wonach ein Transport deutscher Gefangener aus Japan angekommen sein soll, hat sich nicht bestätigt. Den Angehörigen wird wiederholt angeraten, bezüglich der Gefangenenheimkehr nur amtlichen Mitteilungen Glauben zu schenken, für deren rechtzeitige Veröffentlichung Sorge getragen wird.

Rein Attentat auf Ledebour. Ein Berliner Abendblatt bringt die Meldung, daß auf den Abgeordneten Ledebour beim Verlassen des Reichstags ein Attentat versucht worden wäre. Ein Offizier habe einen Revolver auf ihn angelegt, sei aber dann verhaftet worden.

Von zünftigiger Seite wird folgende Darstellung des Sachverhalts gegeben: Als der Abgeordnete Ledebour den Reichstag verließ, demonstrierten etwa 150 Leute für ihn mit dem Ruf: „Goch Ledebour!“ Ein Reichswehroffizier antwortete darauf mit dem Ausruf: „Nieder Ledebour!“ Der Offizier wurde von den Demonstranten angegriffen; Reichswehrsoldaten eilten ihm zu Hilfe. Die Sicherheitspolizei zerstreute alsdann die Menge. Als der Offizier die Straßenbahn bestiegen hatte, um wegzufahren, wurde er von der Menge wieder heruntergeholt. Jetzt eilten ihm die Soldaten von neuem zu Hilfe. Es kam zu einem Handgemenge. Nun schritt die Sicherheitspolizei ein und verhaftete den Offizier und zwei Soldaten und zerstreute abermals die Menge.

Entente-Wahlen. In Frankreich, Belgien und Italien sind Parlamentswahlen vorgenommen worden. Die Resultate sind bisher nur unvollständig bekannt. In Belgien haben die Katholiken ihre frühere Mehrheit verloren. In Frankreich soll angeblich die Politik Clemenceaus gefehlt haben. Ob das zutrifft, läßt sich augenblicklich nicht nachprüfen. In Italien soll äußerst geringe Wahlbeteiligung gewesen sein. In Rom nur 30 Prozent. Resultate liegen hier überhaupt nicht vor.

Drei Wochen Untersuchungsausschuß

Von Felix Halle-Berlin.

Seit drei Wochen wird im Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung darüber verhandelt, ob die von Präsident Wilson auf Anregung der deutschen Regierung eingeleitete Friedensaktion im Jahre 1917 zum Frieden hätte führen können. Es muß zunächst auffallen, warum der Ausschuß nicht in zeitlicher Reihenfolge und mit der wesentlichen Frage, mit der Erörterung der Kriegsschuld, begann. An die Untersuchung des äußeren Anlasses und der tieferen Kriegsgründe hätte sich die Frage der Verletzung der belgischen Neutralität und aller weiteren Verwickelungen in logischer Folge angeschlossen. Für eine wirkliche revolutionäre Untersuchungs-Körperschaft, wie sie schon vor Jahresfrist geschaffen werden mußte, wäre ein solches Vorgehen selbstverständlich gewesen. Der bürgerlich-parlamentarische Untersuchungsausschuß hat jedoch die bürokratische Aktenvorbereitung für die wichtigsten Gegenstände in acht Monaten noch nicht beendet. Die Regierungsparteien aber wollten die Arbeit des Untersuchungsausschusses beginnen lassen. Mit ähnlichem Eifer, mit der sie vor Jahresfrist nach einer baldigen Wahl der Nationalversammlung drängten, um sich einen Rechtstitel gegen das revolutionäre Proletariat zu schaffen und ihm die Staatsgewalt wieder zu entwenden, versuchen sie, sich in dem Untersuchungsausschuß eine Waffe zu schmieden, um ihre alten Gegner auf der Rechten zu diskreditieren und auch nach der nicht dauernd hinaus zu schwindelnden Reichstagswahl regierungsumöglich zu machen. So kam es, daß die sogenannte Aufklärungsarbeit des Ausschusses, mit der erst in einem fortgeschrittenen Kriegsstadium einsetzenden Friedensaktion Wilsons begonnen hat, weil das Aktionsmaterial über diese Angelegenheit am ehesten gesichtet war.

Die Mitglieder der kaiserlichen Regierung, die das Spiel ihrer Nachfolger durchschauen, wollen ihre Zeugenschaft vor dem Ausschuß benutzen, um sich vor der Öffentlichkeit auf Kosten ihrer außen- und innenpolitischen Gegner rein zu waschen. Dieses Bedürfnis vor Verteidigung ist umso größer, je mehr sie sich sachlich und moralisch angefaßt des politischen Gesamtergebnisses als Angeklagte fühlen müssen. Dennoch ist die Sprache der gestürzten Staatsmänner eine ungemein selbstbewußte, weil durch die verräterische und selbstverderbliche Politik der Mehrheitssozialisten, Richtung Ebert-Noske, insbesondere durch die Bewaffnung der Bourgeoisie, die tatsächlichen Machtverhältnisse den alten Gewerkschaftsklassen viel günstiger sind, als die geschriebene Weimarer Verfassung erkennen läßt. Der Familienklingel der Junker, der alten Bürokratie und der Großbourgeoisie befindet sich im Besitz der wichtigsten Kommandostellen und hat auch zahlreiche und entscheidende Posten in der zivilen Staatsmaschine inne. Nur aus dieser Situation heraus sind die Vorgänge im Ausschuß zu verstehen.

Die ersten Sitzungstage brachten die Vernehmung des deutschen Botschafters in Washington, Grafen Bernstorff. Bernstorff war offensichtlich bemüht, die Wahrheit zu sagen, aber seine früheren Vorgesetzten nach Möglichkeit zu schonen. Dennoch erschien die höchste Berliner Zentralinstanz in einer erschreckenden Unfähigkeit. Dieser klägliche Eindruck wurde durch die Vernehmung des früheren Reichsfinanzministers und seiner Mitarbeiter noch vertieft. Das bedeutsame an der Vernehmung des Botschafters und der Staatsmänner war, daß hier Dinge, die unter dem bisherigen System als tiefste Staatsgeheimnisse behandelt wurden, nunmehr freilich post festum in voller Öffentlichkeit zur Erörterung kamen. Die Berwerflichkeit der Geheimdiplomatie, die dazu führt, daß die Völker sich um den Profit einer kleinen Minderheit zerfleischen, trat mit aller Deutlichkeit zu Tage. Aber neben der allgemeinen sittlichen Rückständigkeit der internationalen kapitalistischen Kultur wurde die besondere Rückständigkeit und die tiefe Unmoral der deutschen Politik und Kriegführung entschleiert. Das schlechte Gewissen hat die früheren deutschen Staatsleiter zu dem Versuch getrieben, schon in ihren zusammenhängenden Ausführungen vor dem Kreuzverhör die Nichtigkeit ihrer Maßnahmen zu beweisen und alle Schuld an dem unseligen Kriegsausgange anderen zuzuwälzen. Bethmann warf die Schuld auf den Reichstag und das deutsche Volk, Staatssekretär Zimmermann die Schuld auf Wilson, nach Admiral Koch, der über die technischen Gründe des Mißlingens des U-Bootkrieges auszusagen sollte, versagte der U-Bootkrieg durch das Befanntwerden der Gegeninsichten Berichts an Kaiser Karl im Lager der Entente, aber natürlich nicht wegen des ungenügenden U-Bootbaues. Der Frechste von allen, Helfferich, erklärt dreist und „gottesfürchtig“, die Schuld an allem Uebel hat die „Revolution“.

Allein die Sprache der Tatsachen ist zu kräftig, sie ist durch keine Verdröhung zu überhören oder gar zu widerlegen. Die inneren Widersprüche in ihren eigenen Angaben werden den geschicktesten Staatsmännern verhängnisvoll. Wohl gelingt es ihnen, die kriegsverlängernden bürgerlichen Parteien und die Mehrheit zu kompromittieren, aber so begründet diese Anschuldigungen sind, sie entlasten nicht die früheren Inhaber der Staatsgewalt von der Anklage, ihrerseits in frivoller Weise mit dem Schicksal des deutschen Volkes Babanque gespielt zu haben. Das Verhör brachte Bethmann in dauernde Verlegenheiten. Staatssekretär Zimmermann zeigte sich in

einer geistigen Armut und Verlegenheit, die auch auf Bethmann und den ehemaligen Kaiser zurückfällt, die sich mit derartigen Mitarbeitern umgaben. Den Zuständen des Auswärtigen Amtes entsprachen die Verhältnisse und Methoden des Reichsmarineamts. Ueberall die gleiche Anmaßung und Verlogenheit. Die alten Staatsmänner stehen vor ihrer moralischen Vernichtung, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Hauptfragen nach der Kriegsschuld noch garnicht zur Erörterung gelangt sind. Aus solcher Befürchtung heraus hat am Sonnabend Helfferich versucht, die Verhandlungen des Ausschusses durch Zeugnisverweigerung zu sabotieren. Die Regierungsparteien sind in großer Verlegenheit. Sie können die Ausschußverhandlungen nicht abbrechen, ohne gegenüber der Reaktion das geringe Ansehen, welches sie besitzen, völlig preiszugeben, andererseits müssen die Verhandlungen auch die Regierungsparteien dauernd bloßstellen.

Das Verfahren vor dem Ausschuß hat eine Ähnlichkeit mit dem Prozeß gegen den zaristischen Kriegsminister Suchomlinow unter der Kerenskieregierung, welcher die russischen Hofkreise und Militärs schwer belastete. Im Augenblick mögen die Ausschußverhandlungen die nationalen Leidenschaften aufpeitschen, auf die Dauer müssen sie gegen den Willen ihrer Veranstanter revolutionär wirken, lassen sie doch deutlich erkennen, mit wie wenig Bestand die Welt regiert wurde und wird. Um dieser revolutionären Wirkung willen muß das klassenbewußte Proletariat die Verhandlungen des Ausschusses mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Gewalt gegen die Rätebewegung

Erst jetzt läßt die lange Verkehrsperre die Zeitungen aus dem Lande in die Hände der Zentralstellen der Arbeiterbewegung in Berlin gelangen. Mit Erschrecken sehen wir, daß über den nicht ausgebrochenen Generallstreik und seine Beweggründe die verwirrendsten Mitteilungen im Lande verbreitet sind. Der Lügenapparat der halbamtlichen Stellen und der kapitalistischen Presse hat wieder seine Schuldigkeit getan. Ohne auf die Einzelheiten der Metallarbeiterbewegung und der sich aus ihr ergebenden Generallstreikforderung einzugehen, wollen wir doch deren große Grundlinien aufzeichnen, um die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Die Metallarbeiter hatten den Vorstoß der Unternehmer, die einen Abbau der Löhne herbeiführen wollten, nach sechs-wöchigem Kampfe nicht nur erfolgreich abgeschlagen, sondern durch eine Neuregelung der Löhne für fast alle Arbeiterschichten, insbesondere aber für die geringer Entlohnerten teilweise erhebliche Erhöhungen der Stundenlöhne erkämpft. Als nach diesem Erfolge die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, wollten die Unternehmer den Arbeitern und ihren Vertretern in den Betrieben, also den Arbeiterausschüssen und Arbeiterräten, nicht ihre bisherigen Funktionen lassen. Dieser Rechtsraub in der Metallindustrie durchgeführt, würde den nach der politischen Umwälzung des Vorjahres in den Betrieben errungenen Einfluß auch für Industriezweige in kurzer Zeit beseitigen. Die Entrechtung der Arbeitervertretungen in den Betrieben drohte also allen industriellen Arbeitern und Angestellten. Es handelte sich um die in einer politischen Umwälzung errungenen Rechte, deswegen rief man die politischen Parteien zum Schutze dieser Rechte auf. Die Rechtssozialisten folgten diesem Rufe nicht, sie lehnten jeden Kampf für die Arbeiterrechte in den Betrieben ab. Sie hatten anscheinend Angst, daß ihnen regierenden Herren aus solchen Kämpfen Unannehmlichkeiten entstehen könnten. Sie betrieben verächtliche, egoistisch eingestellte Führerpolitik. Die Unabhängige Sozialdemokratie sagte sofort ihre Unterstützung zu, falls die beteiligten gewerkschaftlichen Stellen den Generallstreik als notwendig beschließen sollten. Die Kommunisten waren unbedingt für den Generallstreik. Ebenso entschied sich die Vollversammlung der Großberliner Arbeiterräte, also der Personkreis, der durch die Entrechtung am stärksten betroffen wurde, für die Ausrufung des Generallstreiks. Da aber die Gewerkschaftskommission, die Zusammenfassung der Vertreter der Gewerkschaften Groß-Berlins, den Streikaufruf ablehnte, kam es gar nicht erst zum Ausbruch des drohenden Kampfes.

Hier setzt nun ohne jede Rechtsgrundlage die neue erhörte Gewaltaktion Noskes und seiner Mannen gegen die Arbeiterräte und ihren Vollzugsrat ein. Es war kein Generallstreik ausgebrochen, trotzdem werden alle führenden Kräfte verhaftet und noch jetzt hält man Duzende von Leuten fest oder verfolgt sie, ohne daß eine strafbare Handlung vorgenommen ist. Aber nicht nur unbegründete Verhaftungen von Einzelmitgliedern, sondern auch die völlige Auflösung des Vollzugsrats maß sich Herr Noske an. Der Vollzugsrat sei verfassungswidrig, behauptet dieser regierende Sozialist. Wir stellten fest, daß nach der Lösung jeglicher Beziehungen zu den Behörden die Organisation der Arbeiterräte Groß-Berlins und ihres Vollzugsrats eine rein private Vereinigung von Arbeitern war. Da das Koalitionsrecht durch die Verfassung angeblich gewährleistet wird, geht Herrn Noske die Räteorganisation in keiner ihrer Formen noch irgend etwas an. Er ist es, der gegen die in der Verfassung festgelegten Rechte verstößt, wenn er Arbeiterorganisationen sprengt und Soldaten in und vor die Bureaus der Berliner Räteorganisation aufstellt. Es steht den Arbeiterräten und Betriebsräten verfassungsmäßig völlig frei, wie sie sich koalieren und wie sie

Ihre Vereinerung nennen. Es geht Herrn Noske auch den Teufel etwas an, ob die Arbeiter eine ihrer Instanzen Vollzugsrat nennen und was dieser Vollzugsrat beschließt. Solange nicht strafrechtliche Verstöße vorliegen, hat keine Behörde das Recht zum Eingreifen.

Der nach Unterlassung des Generalstreiks politisch unbedeutende und auf Grund der Verfassung rechtlich unzulässige Gewaltakt der Noskegardien stellt sich also als ein unerhüllter Liebesdienst für die kapitalistischen Ausbeuter dar. Sowohl den Auftraggebern des Herrn Noske, den Großkapitalisten und Junkern, war die Berliner Räteorganisation in der Seele verhaßt, denn von diesen Räten ging die direkte Einwirkung auf das innere kapitalistische Getriebe aus. Und wenn die Metallindustriellen es wegen der Arbeitsrechte im Betriebe zu neuen Kämpfen kommen lassen wollten, wenn sie die Beseitigung des Einflusses der Arbeitervertretungen innerhalb der Betriebe anstrebten, so haben sie in diesem reaktionären Treiben in Noske durch seine neuen Taten einen Bundesgenossen gefunden, der rücksichtslos noch und brutaler als sie mit den kümmerlichsten Resten revolutionärer Arbeiterrechte umzuspringen versteht. Waagt dieser Mann es doch auch, trotz der Verfassung und des angeblich dadurch geschaffenen neuen Rechtszustandes, noch immer die Tageszeitung der Berliner Arbeiterräte, die so vorzüglich geleitete „Republik“, nach 5 Monaten unter Verbot stehen zu lassen.

Bei Verhandlungen hat der starke Mann sich auch in kühnen Drohungen gegen die Rätebewegung anderer Bezirke ergangen. Er hat den Willen und die Absicht, jegliches neue Arbeiterrecht zu Boden zu schlagen. Seine Ruhe und Ordnung soll herrschen, das heißt, die Ruhe des Friedhofs und die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung! Es ist genau wie im Kriege, oder vielmehr schlimmer noch als damals. Doch die Gewalthaber von heute werden sich täuschen genau so wie die Gewalthaber von damals sich schmächtig verrechnet haben. Schlägt man die Führer tot, sperrt man die Vertrauensleute ein oder verfolgt sie wie ein gehektes Wild durch Stadt und Land und bejubelt man die Gewaltmenschen, so wird man heute, wie immer, nichts anderes damit erreichen, als daß der Geist der Rebellion die dumpfen Massen packt. Und diese Massen wissen es heute mehr denn je, daß sie es sind, von denen alles und von denen alle abhängen. Hat man es ihnen doch im Kriege und nachher eingehämmert und eingebläut, daß es ihre Arbeit allein ist, die retten kann und retten soll. Von der Arbeit, von den Arbeitenden, von der Organisation der Arbeiter und von der Organisation des Arbeitsprozesses hängt Gedeih und Verderb, hängt unsere ganze Existenz ab.

Zersprengt man uns mit Gewalt die berechtigten Organisationen der Arbeiter und Angestellten, so muß der Zusammenschluß der revolutionären Elemente umso inniger und fester vorgenommen werden. Können wir das nicht öffentlich durchführen, weil Arbeiterorganisationen verfassungswidrig unterdrückt werden, so müssen wir wieder zu den Organisationsfäden greifen, die die revolutionären und tatkräftigen Elemente während des Krieges verbunden haben. Und daß diese Verbindung nicht wenig zu den großen Massenstreiks für den Frieden und zu der entscheidenden Umwälzung in den Novembertagen des Vorjahres beigetragen hat, das dürfte schließlich auch Herr Noske noch nicht ganz vergessen haben. War die jetzige politische Situation nicht für den Generalstreik günstig, waren einzelne der beteiligten Organisationskörper noch nicht ganz mit dem notwendigen revolutionären Geist durchtränkt, so kommen andere Tage und andere Zeiten, in denen die Organisationen revolutioniert sein werden, in denen alle notwendigen Verbindungen zwischen ihnen angeknüpft sein werden, in der Weise, wie es für das glückliche Gelingen großer Massenbewegungen notwendig ist.

Daß auch die politische Situation geschaffen wird, in der wie im November vorigen Jahres alle werttätigen Menschen die Unerträglichkeit der Zustände erkennen, dafür sorgt neben seinen hilflos dahintreibenden Freunden in der Regierung der Gewaltmensch Noske Tag für Tag.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Band.

25]

Hier mußte er mit der ganzen Autorität seines Amtes und seiner Stellung eingreifen, mit festem Griff zu packen, sonst wuchs ihm diese vertrackte Sache noch über den Kopf und brachte ihn am Ende wirklich noch zu Fall.

Zum Glück war noch nichts geschehen, was die Dinge rettungslos verfuhr. Noch ließen sie sich ordnen.

Aber nun hieß es, den Bestand zusammenzuraufen und seinen Schritt mehr tun, der nicht dreifach geprüft und in all seinen Folgen überlegt worden ist.

In dem befreienden Gefühl seiner endlichen Aufraffung ging Jordan heim.

Seiner Frau erschien er an diesem Abend seit langer Zeit wieder zum ersten Male frisch, von allem Druck befreit, so daß sie wieder Hoffnung schöpfte, er würde bald die alte Festigkeit und Kraft zurückgewinnen.

Am nächsten Morgen ließ Jordan sich die Adresse des Eisenbahninvaliden Heder besorgen und schickte dem Manne eine Vorladung.

Der Krüppel erschien zur bestimmten Stunde, aufgereggt und ängstlich. Auch Jordan empfing ihn in nervöser Spannung ohne Zeugen in seinem Amtszimmer. Wußte der Mann etwas davon, daß Herta Jordan geschlagen?

„Sie kennen mich noch von der Verhandlung gegen Ihre Frau her?“

„Jawoll, Herr Staatsanwalt.“

Heder wählte erregt in seinem verwilderten Vollbart.

„Sehen Sie sich, Mann — und ängstigen Sie sich nicht. Es geschieht Ihnen nichts. Ich habe Sie hergezielt, weil ich einige Auskünfte von Ihnen haben will. Sind Sie aus Ihrer alten Wohnung fort?“

„Ja. Die Portierstelle mußte ich aufgeben, weil ich ohne meine Frau sie nicht versehen konnte.“

„Wie wohnen Sie jetzt? In Asternmiete?“

„Ich habe eine leere Kellerstube in der Flensburger Straße bekommen, und da stehen unsere Sachen. Da schlafe ich.“

„Wer beköstigt Sie?“

„Ich koche mein bißchen Essen selber auf einer Petroleummaschine.“

„Leben Sie jetzt von Ihrer Invalidenrente?“

„Herr Lokatos gibt mir vierzig Mark monatlich dazu.“

„Hat er Ihnen diese Beihilfe freiwillig angeboten?“

„Ja, Herr Staatsanwalt.“

Politische Rundschau

Deutschland

Gleiches Recht

Durch ganz Deutschland geht eine Welle der Erpörung, weil die französischen Kriegsgefangenen noch nicht in die Heimat entlassen werden. Schwere Herzen sehen alle deutschen Volksgenossen, daß unsere gefangenen Brüder noch einen schweren und strengen Winter fern der Heimat verleben sollen, daß sie, obwohl der Friede längst unterzeichnet worden ist, noch immer nicht ihre Freiheit wiedererlangt haben. Niemand wird sich diesem tiefen Bedauern verschließen können, und wir alle denken mit Mitleid an die Leiden der Kriegsgefangenen. Die Arbeiterschaft muß aber darauf achten, daß dieses ihr Mitgefühl für die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und in andern Ländern nicht für nationalistische Revanchehege mißbraucht wird. Die Gefangenensfrage ist von den Deutschnationalen bisher stets als reine Agitationsfrage behandelt worden. Sie haben sich niemals gecheut, in der demagogischen Weise die Leiden unserer Kriegsgefangenen für ihre nationalistischen Zwecke auszubenten. Es gilt vor allem zu bedenken, daß Frankreich mit der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen formell durchaus im Recht ist, denn nach dem von uns unterzeichneten Friedensvertrage erfolgt die Auslieferung erst nach dem formellen Akt der Ratifikation in Paris, der bisher noch nicht stattgefunden hat. Die andern Staaten haben sich inzwischen bereits entschlossen, vorher mit dem Abtransport der Kriegsgefangenen zu beginnen. Frankreich konnte sich dazu bisher nicht bereit finden, da es die deutschen Kriegsgefangenen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als Arbeitskräfte braucht. Durch die Schuld der deutschen Regierung ist eine rechtzeitige Ablösung der Kriegsgefangenen durch freiwillige Arbeitskräfte für die zerstörten Gebiete bisher unterblieben.

Wir haben also zwar zu Protesten kein Recht, aber wir haben die Pflicht, immer erneut an die Menschlichkeit der Entente zu appellieren, damit unsere Kriegsgefangenen baldmöglichst von ihren Leiden befreit werden. Dabei muß es unsere selbstverständliche Pflicht sein, dafür Sorge zu tragen, daß auch wir diesen Forderungen der Menschlichkeit gerecht werden. Die deutsche Regierung ist bisher leider diesen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Noch immer schmachten mehrere Hunderttausend russischer Kriegsgefangener in Deutschland. Zwei Jahre nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk sind sie in deutscher Gefangenschaft. Die revolutionäre Umwälzung in Deutschland hat nur einen Teil von ihnen befreit; sobald die reaktionären Mächte wieder das Heft in der Hand hatten, verhinderten sie die weitere Freilassung der russischen Kriegsgefangenen. Wenn wir also über die Leiden unserer Kriegsgefangenen klagen, die noch fünf Monate nach Friedensschluß, wenn auch noch nicht erfolgter Ratifikationsanerkennung, noch in der Gefangenschaft schmachten, so müssen wir gerechterweise auch derer gedenken, die mehr als zwei Jahre nach Friedensschluß noch in Deutschland festgehalten werden. Wir müssen verlangen, daß die Regierung alles tut, um die russischen Kriegsgefangenen baldmöglichst in ihre Heimat zu befördern. Verkehrsmöglichkeiten müssen geschaffen werden. Für die fünfzigtausend noch hier in Gefangenschaft schmachtenden Ukrainer sind sie vorhanden, diese können über die Tschecho-Slowakei und Rumänien in ihre Heimat transportiert werden. Aber die deutsche Regierung rührt sich nicht. Zudem kommen immer neue Klagen aus den russischen Gefangenenslagern in die Öffentlichkeit. Schwere Arreststrafen für die kleinsten Vergehen, Kolbenschläge als Antworten, Beschränkung der Freiheit, die durch Verfügung aus den Novembertagen 1918 den Gefangenen gewährt wurden, kennzeichnen auch hier die Rückkehr zu den Methoden des alten Regimes.

Ernährungskatastrophe in Halle

Wohl kaum ein Gebiet in Deutschland leidet so unter der Lebensmittelnot wie das mitteldeutsche Braunkohlenrevier,

der Regierungsbezirk Merseburg. Hier, wo in den Industriedörfern eine zahlenmäßig starke Arbeiterschaft wohnt, vermag das platte Land sich kaum selbst zu ernähren, so daß für die Städte nichts übrig bleibt. Abgesehen davon hauft der Schleichhandel in unheimlicher Weise. Der Magistrat in Halle steht daher vor dem Zusammenbruch seiner Ernährungspolitik. Kartoffeln werden in so geringer Anzahl geliefert, daß der Bevölkerung sich allmählich große Unruhe bemächtigt. Der Magistrat greift deshalb zu bemerkenswerten Maßnahmen. Er erläßt einen Ausruf, in dem er in ersten Worten darauf hinweist, daß die geringen Wintervorräte der Stadt ausschließlich denen zugute kommen müssen, die keine Kartoffeln im Keller haben. Kein Haushalt, der einen Kartoffelvorrat besitzt, darf die öffentliche Versorgung in Anspruch nehmen. Wer jetzt noch Kartoffeln auf Märkten kauft, obwohl er Kartoffeln im Keller hat, veründigt sich schwer an seinen Mitbürgern und macht sich mitschuldig an der schweren Not derer, die sich nicht versorgen konnten. Der Magistrat fordert zur Anmeldung sämtlicher Kartoffelvorräte auf und kündigt — und das ist das Entscheidende — die Durchsuchung der Keller- und Vorratsräume der Haushaltungen durch zahlreiche Kommissionen an! Schwere Bestrafungen werden denen angedroht, bei denen noch Vorräte, die unangemeldet sind, gefunden werden.

Als im vorigen Jahre die Arbeiterräte solche Maßnahmen durchführten, da brüllte alles über Bolschewismus. Jetzt sieht man ein, daß nur ein fester Wille gegenüber den Besitzenden die Ernährung sicherstellen kann. Wir empfehlen das hallesche Beispiel zur Nachahmung. Notwendig ist dabei, Arbeiter in die Durchsuchungskommissionen zu wählen, denn diese werden schon wissen, wie sie den Hamstern und Fettsäcken beikommen können.

Eine langohrige Geschichte

Im Stimmungsbild der nationalistischen Post zum Zwischenfall der Helfferichschen Brückierung Dr. Cohus im Untersuchungsausschuß und der Hindenburg-Demonstrationen lesen wir folgende Apostrophierung Noskes:

„Nebenbei: wenn der Herr Reichswehrminister Höchstkommandierende usw. gut beraten wäre, würde er lieber dem Untersuchungsausschuß, der ja schließlich auch zu dem Aergernis drunten Anlaß gegeben, das Weibertagen verbieten! Herr Noske soll sich seinen Belagerungszustand nur ansehen! So, wie er ihn handhabt, wird sich eine passende Bestimmung darin schon finden lassen.“

„Etwas für Noske“

In unserm Kottbusser Parteiorgan wird der Inhalt einer Ansprache des Majors der Reichswehr Buchrücker an die ihm unterstellten Truppen mitgeteilt, die der Herr am 9. November hielt. Der Major packte gehörig aus. Indem er fast vor Behmut verging, daß die Monarchie fast vor Jahresfrist beseitigt wurde, nannte er die an dem Umsturz Beteiligten glattweg Schweinehunde! Auch der Prinz Max von Baden, der damalige Reichskanzler, den er offen der Absendung falscher Telegramme Wilhelm des Zweiten Abhandlung betreffend, beschuldigte, wurde von ihm nicht glimpflicher behandelt. Da nicht alle Mannschaften in den von ihm befohlenen Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ einstimmten, wurden sie am Montag beim Drill fürchterlich geschliffen.

Auch in anderen Orten piepen bunte Vögel Herrn Buchrückers Melodie, jeder hört sie, nur Herr Noske nicht. Er hat soviel mit Hindenburg-Besuchen und ähnlichen anderen republikanischen Angelegenheiten zu tun, als daß er sich um derlei Nebenächlichkeiten kümmern könnte. Das kommt davon, wenn die Lakaien bei ihrer Beauftragung nicht aufpassen. Noske wird nun von denselben Leuten angerepelt, für die sein Belagerungszustand funktionierte. Er muß sich jetzt mit ihnen über seine Möglichkeiten herumpauken, weil er auch mal — aber nur ganz peripherisch — gegen seine geistigen Väter wirkte. Es ist wie in der Geschichte von den beiden Feln, die das Zanken kriegen, — versteht sich nur wegen der langen Ohren! Wer hat nur die längsten?

„Sie wissen, Heder, daß Ihre Tochter wieder in Berlin ist?“

„Ja.“

„Wann haben Sie sie das letztmal gesprochen?“

„Überhaupt noch nicht seit ihrer Rückkehr.“

„Das ist doch aber merkwürdig. Noch nicht einmal gesprochen?“

„Nein. — Sie macht sich nichts aus mir. Liebt bloß ihre Mutter. An der hängt sie ja sehr. Is ja natürlich. Ich bin Hertas Vater nich. Das is ein königlicher Baurat gewesen, der vor drei Jahren starb.“

„Weiß Herta das?“

„Natürlich.“

„Hat der Baurat der Herta nichts hinterlassen?“

„Keinen Groschen. Starb selber arm — verhoff alles. Seine Witwe lebt in Berlin — vermietet Zimmer . . .“

„Aehnelt Herta dem Baurat?“

„Ja. Er war ein großer blonder Mann mit blondem Vollbart. Wie Kaiser Friedrich sah er aus.“

„Hm.“ Jordan sah eine Weile nachdenklich ins Leere. Alles stimmte. Alles war genau wie er sich's gedacht hatte.

„Wissen Sie die jetzige Adresse Ihrer Tochter?“

„Ja. Herr Lokatos schrieb mir, sie wohnt am Bayrischen Platz.“

„Sie sind also noch nicht dort gewesen?“

„Nein.“

Er weiß nichts. Er weiß nichts von dem Schlage, Gott sei Dank, dachte Jordan.

„Nein, ich bin noch nicht dort gewesen. Herr Lokatos wollte, daß ich hingehen sollte. Ich wollte das auch nächstens mal tun. Aber ich weiß, Herta hat es nicht gern, wenn ich zu ihr komme.“

„So — so so — sagen Sie, Heder, Sie waren doch auch der Meinung, daß Lokatos die Herta heiraten wollte?“

„Vom Fleck weg, Herr Staatsanwalt! So wahr ich hier sitze. Lokatos ist ein Ehrenmann. Er wollte sie heiraten. Bei Gott — das wollte er. Aber — das verrückte Mädel wollte nicht. Versorgt wäre sie für ihr ganzes Leben gewesen und wir — wir mit. Aber — da — da machen Sie mal was, wenn sone Gans — son kuhdummes Ding ihr ganzes Glück verherzt . . . Die Haare hab ich mir gerauft — wie ich das gehört habe. Herr Lokatos schrieb mir das ganz verzweifelt und bat mich dringend, ich sollte Herta umstimmen.“

„Haben Sie das nicht versucht, Heder?“

„Ne — war zwecklos gewesen. Auf mich hört sie nich. Das ist ja das allergrößte Malör bei der Sache, daß unsere Mutter sitzt. Wäre die zu Hause — die hätte es fertig gefricht, daß Herta den Maler nahm. Denn was Mutter will und sagt, das ist für das Nädel wie's Evangelium.“

„Ja — Heder — ich teile Ihre Ansicht, daß es ein Unglück für Herta und für Sie alle ist, daß das Mädchen dem Maler nicht heiraten will. —“

Sagen Sie, Heder — glauben Sie, daß Herr Lokatos — noch heute — sein Eheversprechen innehalten würde? Sind Sie der Meinung, daß der Maler das Mädchen noch jetzt heiratete, falls Herta zu ihm zurückkehrte?“

„So sicher wie Amen in der Kirche, Herr Staatsanwalt.“

„So — hm —“

Jordan sah nachdenklich vor sich hin.

„Hm war, als spiele er eine eingelernte Rolle, als sage er Auswendiggeleertes mechanisch her. Denn während er mit dem Invaliden die Möglichkeiten besprach, die dafür vorhanden waren, Herta nach Pest zurückzubringen, lauerte sein Jagdinstinkt auf jede Chance, die ihn selbst endlich — endlich in die so heiß ersehnte Nähe Hertas bringen könnte . . .“

Jetzt begann er zögernd.

„Sehen Sie, Mann — mich dauert diese ganze Geschichte. Wenn ich auch in meiner Amtsführung oft recht streng zupacken muß, so bin ich doch ein Mensch, der fühlt und Mitleid hat.“

„Ich möchte sehr gern diese ganze scheußliche Geschichte wieder eintreten. Es ist Unglück genug, wenn Ihre Frau ihr Jahr absteht muß. Daran haben Sie beide hinreichend zu schleppen. Nun sollte es doch möglich sein, wenigstens all das andere Unheil, das aus der Sache entstanden ist, aus der Welt zu schaffen. Meinen Sie nicht?“

Der Invaliden sah aus verschüchterten Augen verständnislos drein.

„Ich meine das so,“ sagte Jordan. „Ich habe selbst den Eindruck, daß der ungarische Herr es ehrlich meint. Daß er Ihnen die monatliche Unterstützung schickt, ist ein hübscher Zug von ihm. So handelt nur ein recht anständiger Mensch. Also traue ich dem Maler auch zu, daß er Ihre Tochter heute noch heiratet, wenn sie bald nach Pest zu ihm zurückkehrt. Sie glauben das auch, wie Sie bereits beteuerten.“

Der Invaliden nickte eifrig.

„Gut,“ fuhr Jordan fort. „Wenn Sie auch an der Herta nicht hängen, so haben doch auch Sie ein Interesse daran, daß aus dieser Heirat noch etwas wird.“

„Gewiß, freilich. Und unsere Mutter — die wäre glücklich.“

„So — na dann wollen wir doch mal sehen, Heder, ob wir beide nicht das Unsere dazu tun können, die Herta dahin zu bringen, daß sie, je eher je besser, zu dem Herrn Lokatos zurückkehrt.“

(Fortsetzung folgt.)

Zotengrüber

am allgemeinen Wohl sind alle, die am 30. November zu Hause bleiben oder eine bürgerliche Liste wählen. Jeder intelligente Arbeiter und Bürger wählt einzig Liste Baude—Köhler.

In und um Elbing

Die neue Mutterschaftsfürsorge

Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, trägt die ganze Unzulänglichkeit der rechtssozialistisch-zentrierten Gesetzmacherei auf sozialpolitischem Gebiete zur Schau. Die bei der Beratung in der Nationalversammlung eingebrachten Anträge unserer Fraktion, die eine Erhöhung der Unterstützungssätze und Ausdehnung der Unterstützungsdauer, sowie vor allem eine einigermaßen ausreichende Schwangerenfürsorge bezweckten, sind mit Unterstützung der Rechtssozialisten abgelehnt worden. Den wesentlichen Inhalt des Gesetzes bringen wir nachstehend zur Kenntnis unserer Leser und empfehlen ihnen die Bestimmungen aufzubewahren.

Die Neuordnung besteht in einer Aenderung der Reichsversicherungsordnung, die eine Anzahl Paragraphen neu eingegliedert bekommt. Im allgemeinen zerfallen die Vorschriften in die drei Abschnitte: Wochenhilfe, Familienhilfe und Wochenfürsorge. Daneben wird zwar für die Ehefrauen der ehemaligen Kriegsteilnehmer eine Fortführung der Kriegswochenhilfe bis zum Kriegsende und in Ausnahmefällen darüber hinaus noch vorgesehen, doch ist diese Einrichtung nicht nur recht untergeordnet, sondern auch recht unklar.

Die Wochenhilfe

besteht in einer Ausgestaltung der bisherigen Leistungen an die bei einer Krankentasse selbstversicherten Wöchnerinnen. Die Voraussetzungen (halbjähriges Versicherungsein innerhalb des letzten Jahres vor der Entbindung, sei es auch bei verschiedenen Krankentassen) bleiben dieselben. Die Leistungen sind gegenüber denen der Kriegswochenhilfe etwas erweitert worden und bestehen in a) einem Beitrag zu den Entbindungskosten von 50 Mk. (statt bisher 25), b) einem Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch von mindestens 1,50 Mk. täglich für zehn Wochen zu je sieben Tagen, c) einer Beihilfe bis zu 25 Mk. für die Behandlung von Schwangerschaftsbeschwerden, d) einem Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 75 Pf. täglich, bis zur Dauer von 13 Wochen. Statt der haren Leistungen unter a) und c) können die Kassen freie Behandlung durch Arzt und Hebamme und die Arzneien gewähren. Die Kasse kann beschließen, das Stillgeld bis zu 26 Wochen zu verlängern.

Die Familienhilfe

besteht darin, daß die bisher schon den Krankentassen freigestellte Wochenhilfe an die nichtversicherten Familienangehörigen der Versicherten obligatorisch gemacht und ausgebaut wird. Dabei sind als Familienangehörige neben Ehefrauen und Töchtern auch Stief- und Pflegekinder von krankensicherten Männern anzusehen, soweit sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Auch freiwillige Mitglieder haben diesen Anspruch für ihre Familienangehörigen. Die Leistungen sind im allgemeinen die gleichen wie bei den selbstversicherten Wöchnerinnen, doch ist hier der Betrag des Wochengeldes auf 1,50 Mk. und der des Stillgeldes auf 75 Pf. festgelegt worden. Das Reich hat die Hälfte der Kosten dieser Familienhilfe zu ersetzen. In Fällen, in denen uneheliche Väter zahlungspflichtig sind, haben Krankentassen und Reich einen Erbschaftsanspruch an diese. Um die Lasten tragen zu können, haben die Krankentassen das Recht, die Beiträge über das jetzige Maß erheblich zu erhöhen. Für diese Familienhilfe dürfen jedoch Zusatzbeiträge, die von den Versicherten allein zu tragen sind (§ 384 der Reichsversicherungsordnung), nicht erhoben werden.

Die Wochenfürsorge

kommt allen sonstigen minderbemittelten Wöchnerinnen, die nach Vorstehendem keinen Anspruch haben, also nichtversicherten Ehefrauen kleiner selbständiger Gewerbetreibenden usw., zugute. Diese gelten als minderbemittelte, wenn ihr und ihres Ehemannes Gesamteinkommen 2500 Mk. zuzüglich 250 Mk. jährlich für jedes Kind unter 15 Jahren in beiden Fällen, nicht übersteigt. Das soll die Regel sein; es können aber Ausnahmen eintreten. Diese Fürsorge ist dieselbe, wie oben dargestellt, sie wird nur durch die zuständigen Allgemeinen Orts- und Landkrankentassen gewährt. Diese erhalten ihre Aufwendungen vom Reich zurückgestellt, nachdem dieselben bei den Versicherungsbeamten angemeldet worden sind. Das Wochengeld beträgt auch bei dieser Wochenfürsorge 1,50 Mk., das Stillgeld 75 Pf.

Zur Einführung der neuen Einrichtungen ist es nicht nötig, daß die Krankentassen ihre Satzungen ändern. Die Vorschriften gelten ohne weiteres vom 1. Oktober an, auch wenn Satzungen vorstehenden entgegenstehen sollten. Ueber Streitigkeiten zwischen empfangsberechtigten Wöchnerinnen und Krankentassen entscheidet das Versicherungsamt, das für jeden Land- und Stadtkreis besteht. Gegen dessen Entscheidung kann das Oberversicherungsamt angerufen werden, das in allen Fällen der Wochenfürsorge endgültig entscheidet. Für die „Übergangszeit“ sind noch folgende Vorschriften von Bedeutung: Wöchnerinnen, die vor dem 1. Oktober 1919 entbunden worden sind, erhalten von diesem Tage ab das Wochengeld und Stillgeld nach dem neuen Gesetz, jedoch abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem 1. Oktober 1919 liegenden Zeit. Steht der Wöchnerin für diese Zeit ein Anspruch auf Wochenhilfe nach anderen Vorschriften, so hat es bei diesen Vorschriften sein Bewenden: Ist am 1. Oktober 1919 die Bezugsdauer für das Wochengeld oder Stillgeld zwar nach jenen Vorschriften, nicht aber nach dem vorliegenden Gesetz abgelaufen, so sind der Wöchnerin diese Leistungen (und, wenn nötig, darüber hinaus) weiterzugewähren.

Schmierfinken

Seit einiger Zeit werden auch in Elbing Flugblätter verteilt, die für eine Judenhetze Stimmung machen. Uns liegen einige vor. Im politischen Kampf sind ja manche in

der Wahl der Waffen nicht wählerisch. Was aber hier geleistet ist, ist eine solche Mischung von Blödsinn, Lüge und dumm-pfiffigem Demagogentum, daß es zweifelhaft bleibt, ob der Verfasser in ein Zarenhaus oder ins Gefängnis gehört. Eines dieser Blätter geht z. B. von der ungarischen Kaiserrepublik aus. Sämtliche Führer der ungarischen Arbeiter sind natürlich Juden gewesen. Über Szamuely (Samuel Kohn taufte ihn das Flugblatt) hätte 40 ungarische Arbeiterführer hinrichten lassen. Nach Ungarn kommt Rußland an die Reihe: Petersburg, eine zweimillionenstadt, sei durch Mord, Hinrichtungen und Hungertod auf 400 000 zusammengeschmolzen. Trocki (natürlich auch ein Jude) megle mit Hilfe seiner chinesischen Gardes die Arbeiter massenhaft nieder. Dann werden jüdische Schriften angezogen, ohne daß sie wörtlich zitiert werden. Jeder Andersgläubige soll für die Juden nur ein Tier sein. Die Rabbiner hätten die Spitzbüberei zur Religion erhoben. So geht fort, daß einem, volkstümlich zu reden, das Kragen antommt. Zum Schluß werden die Arbeiter beschworen, den jüdischen Kapitalisten die Gefolgschaft zu versagen. Sie (die Juden) bezeichneten die Arbeiter immer als Proletarier. Ein Proletarier sei ein untergeordneter Mensch, der für den Stand weiter keinen Wert habe als daß er Kinder zeuge. Wohl gemerkt, diese Erklärung des Wortes Proletarier legt der Flugblattschreiber nicht den Juden in den Mund, sondern gibt sie selber. Daß Proletarier Besitzloser bedeutet, hat er wohl selber nicht gewußt.

Wir versuchten, den Inhalt zu skizzieren. Der Versuch gibt aber kein zutreffendes Bild, denn ohne den mindesten logischen Zusammenhang ist alles mögliche wahllos durcheinandergeschrieben: Als Verfasserin des Flugblattes ist die Deutsche Erneuerungsgemeinde, Leipzig, Königstraße 17, angegeben. Von ihr seien mehr solche und ähnliche Flugblätter zum Preise von 30 Mark das Tausend zu beziehen.

In einer so alten sozialistischen Stadt wie Elbing sind Worte der Widerlegung nicht viel am Platz. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie den Kapitalismus bekämpft. Ob dessen Träger Christen, Juden, Muhamedaner oder Freigeister sind, ist nebensächlich. Es gibt Juden, die anständiger sind, als manche Christen. Und es gibt Christen, die den gerissensten Juden an Ruppigkeit überreffen. Beweis hierfür ist das agrarische Gesindel, das planmäßig die städtische Bevölkerung aushungert. Elbing wird keine Judenprogramme sehen. Die Herren Antisemiten sollen es nur einmal versuchen, wenn ihnen der Bude! juckt. Die antisemitische Schlammslut, die jetzt Deutschland befudelt, ist ja nur von den interessierten Kreisen ins Werk gesetzt, um die Aufmerksamkeit von den am Kriege schuldigen abzulenken. Das weiß die Arbeiterschaft ganz gut und wird ihr Verhalten danach einrichten.

Wasserjuppenpolitiker

Ein Arbeiter schreibt uns über eine Wahlversammlung der Arbeitsgemeinschaft technischer und kaufmännischer Verbände, die gestern im Gewerbehause tagte: Die Versammlung sollte das Programm dieser Leute für die Stadtverordnetenversammlung bekannt geben. Mit dem Wort „Gemeinwohl“ wurde zwar viel herum geworfen. Im übrigen war nichts dahinter. Die Herren verlangen Schrebergärten, wozu die Stadt Land hergeben soll und Errichtung von Beamten- und Angestelltenwohnungen durch die Stadt. Mit diesen mageren Wasserjuppen wollen sie die Schäden der Zeit heilen. Uebrigens auch interessant, daß in der Wohnungsfrage die Beamten und Angestellten eine Extrawurst gebrauten haben wollen. Ist das demokratisch? Mehrmals fielen in der Versammlung die Ausdrücke: „Gewöhnliche Arbeiter“ und „gemeine Arbeiter.“ Die, die solche Ausdrücke gebrauchen, scheinen noch einen verdammt großen Nagel im Kopf zu haben. Ich hatte nicht das Recht, das Wort zu ergreifen, denn ich war Arbeiter und die Versammlung nicht öffentlich. Hoffentlich gibt kein Arbeiter solch rückständigen Menschen seine Stimme. Politiker solchen Schlages gehören auf keinen Fall in die städtische Vertretung hinein.

Anarchistische Konfusionsräte

Gestern (Bußtag) nachmittag 3 Uhr hatte die Kommunistische Partei zu einer öffentlichen Volksversammlung mit dem Thema „Der Stand der Revolution!“ eingeladen. Als Redner war Paul Franken (Egon Christensen) vorgesehen. Endlich ist auch dieses Geheimnis gelüftet. Egon Christensen ist zu seinem ursprünglichen Namen Paul Franken zurückgekehrt. Der Versammlungsleiter gab bei Eröffnung die Erklärung ab, daß Franken nicht eingetroffen sei und dafür der Genosse Kroschewski das Thema behandeln würde. Und wie behandelte er es! Vollständig zusammenhanglos sprach er über Revolution, Kartoffeln, Baltikum, Laternenpfähle und konnte es sich auch nicht versagen, die U. S. P. zu verhöhnen. Bei seinen Ausführungen wird so manchem der Anwesenden ein gelinder Schauer über den Rücken gezogen sein, denn er entwickelte Ansichten, die den Kinderkrankheiten des Sozialismus, wie unsere Väter sie vor etwa 50 Jahren durchgemacht haben, bedenklich nahe kamen. Manchem der Zuhörer wird wohl auch ein leiser Zweifel bei diesen Ausführungen aufgefliegen sein, ob man es mit Leuten zu tun hat, denen das Wohl und die Weiterentwicklung der Arbeiterklasse am Herzen liegt, oder ob sie der Reaktion Helferdienste leisten. Denn die Ausführungen, die Kroschewski in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage im Schlußwort machte, gipfeln darin, daß die Kommunisten seiner Färbung daran gehen wollen, die Gewerkschaften, die in jahrelangem Ringen von der Arbeiterschaft mühevoll aufgebaut worden sind, zu zerschlagen. Er führte an, daß hauptsächlich der Berliner Metallarbeiterstreik gezeigt hätte, daß die Gewerkschaften nicht das geeignete Kampfmittel der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf seien. Seine Parole heißt: „Heraus aus den Gewerkschaften und Gründung einer Arbeiterunion, nicht

zentrale Industriegruppen, sondern große Sammelorganisationen. Wenn Kroschewski die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung schon länger als vom 9. November 1918 gekannt hätte, hätte man es ihm bösel nehmen können, aber so kann man es ihm aus diesen Gründen verzeihen. Und die Zuhörer, die ihm nach seinen Ausführungen Beifall gaben, gehören in dieselbe Kategorie. Parlamentarismus betrachtet Kroschewski nicht als Kampfmittel der Arbeiterschaft und stellt sich in Gegensatz zu Liebknecht, Luxemburg, Zetkin und andere hervorragende Führer der Kommunisten. Auf die Stadtverordnetenwahl eingehend, meinte er, daß wohl die kommunalen Forderungen der U. S. P. gut wären, aber weil die Städteordnung verschiedenem noch entgegensteht, würde das nicht alles zur Durchführung gelangen können. Auch die Beteiligung zu der Stadtverordnetenwahl lehnte er von diesem Standpunkt ab, der allerdings um so eigenartiger wirken muß, da wir zum Mindesten in Elbing bei den Wahlen eine sozialistische Mehrheit zu erwarten haben. Genosse Brunwald, der sich hierauf zum Wort meldete, widerlegte in längeren Ausführungen verschiedene Angriffe und Auslegungen des Redners. Er stellte die allerdings peinliche Frage, wieviel Richtungen bei den Kommunisten es eigentlich gebe und befaßte sich eingehend mit der Spaltungstaktik der Kommunisten, die in ihren eigenen Reihen daran sind, sich zu Atomen zu spalten. Und nicht allein auf dem politischen Gebiet üben die Kommunisten diese Spaltungspolitik, nein, sie liefern auch auf wirtschaftlichem Gebiet die Arbeiterschaft dadurch dem Kapitalismus aus. Er appellierte an die denkfähigen Arbeiter, diese und die Enthaltensparole bei den Wahlen nicht zu befolgen. Die Verwirklichung des Sozialismus kann beschleunigt werden, wenn jeder einzelne sich in steter Aufklärungsarbeit betätigen würde. Am 30. November muß für jeden die Parole lauten: „Heraus zur Stadtverordnetenwahl, gebt Eure Stimme der Liste Baude.“ Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und der bürgerlichen Gesellschaft das Feld überlassen, sondern Breche schlagen, wo wir nur können und auch Arbeit im sozialistischen Sinne zum Wohle der Allgemeinheit leisten. In der Diskussion sprach außerdem noch der Genosse Grant (Kommunist). Er hat irgend eine Broschüre auswendig gelernt und gab den Inhalt dieser der Versammlung wieder. Kurz vor Schluß der Versammlung erschien auch der „vielverfolgte“ Christensen-Franken und richtete noch einige Worte an die Versammlung. Ein Teil der Anwesenden verließ schon während Kroschewski's Schlußwort den Saal.

Das neue 50-Pfennig-Stück

Seit einigen Tagen ist das erste Geldstück der Deutschen Republik im Umlauf. Das neue 50-Pfennig-Stück ist seit Jahrhunderten die erste deutsche Münze, die ohne Adler und Wappenschild erscheint. In der Form gleicht es dem alten Nickel-20-Pfennig-Stück. Es zeigt auf der Vorderseite eine große 50 und darunter in einem Querbalken in deutscher Fraktur das Wort Pfennig. Ueber dem Balken umrahmt die Aufschrift „Deutsches Reich“ die Zahl. Unter dem Worte Pfennig steht die Jahreszahl 1919. Die Rückseite weicht völlig von dem üblichen Bild ab. Sie zeigt die stilisierte Wiedergabe einer Wehrgarbe in Flachrelief, die quer durch die zweizeilige Aufschrift „Sich regen bringt Segen“ durchschnitten wird. Dies Geldstück, das das Münzzeichen A trägt (staatliche Münze Berlin), ist aus einem leichten, sich fettig anführenden weißen Metall geprägt. Der Rand ist eingekerbt wie bei den silbernen einhalb-Mark-Stücken.

Ostdeutsche Nachrichten

Zum Königsberger Buchdruckerstreik

Um falschen Gerüchten entgegenzutreten, feht sich die Königsberger Streikkommission veranlaßt, der Öffentlichkeit folgendes zu unterbreiten:

Der Lohn der Königsberger Buchdruckergehilfen beträgt ab 1. Oktober d. Js. einschließlich der Feuerungszulage:

	pro Stunde wöchentlich	
	Mark	Mark
im ersten Gehilfenjahre	1,84	88,42
bis zum 21. Lebensjahre	2,10	100,75
vom 21. bis 24. Lebensjahre	2,12	101,90
über 24 Jahre	2,16	103,62

Für Verheiratete erhöhen sich vorstehende Wochenlöhne um 3 Mark. Die Löhne der gelernten Arbeiter über 21 Jahre anderer Berufe betragen 2,25 bis 2,85 pro Stunde.

Da es unmöglich ist, mit einem derartigen Verdienst die Kosten der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können, sahen sich die Buchdrucker gezwungen, den Prinzipalen ein Gesuch zu überreichen, worin eine wirtschaftliche Beihilfe von monatlich 50 Mark gefordert wurde. Troßdem die Arbeitgeber die Berechtigung der Forderung anerkannten, lehnten sie durch Vereinsbeschluß jedes Entgegenkommen ab. Die wirtschaftliche Not zwang die Buchdrucker in den Ausnahmestand zu treten. Bis heute ist die Mehrzahl der Prinzipale, die doch die Vertreter der geistigen Kultur und Bildung sind, noch nicht gewillt, der gerechten Forderung Rechnung zu tragen oder in Verhandlung zu treten. Noch immer verlangen die Buchdruckereibesitzer bedingungslose Aufnahme der Arbeit.

An ihrer Ehre gekränkt

Vor Eröffnung der letzten Stadtverordnetenwahl in Königsberg erklärte der Stadtverordnetenvorsteher Parzsch dem Vertreter der Königsberger Zeitung, daß er durch seine letzte Kritik einige Herren der Versammlung beleidigt habe und daß ihm im Wiederholungsfalle das Asylrecht entzogen werden müsse. Die Presse erhob einmütig durch sofortiges Verlassen des Sitzungssaales gegen dieses Verfahren Einspruch. — Aus welchem Jahrhundert mögen die Königsberger Stadtverordneten stammen?

Fleischausgabe.

für die Zeit vom 17. bis 23. November 1919:
Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:
150 g Rindfleisch mit Knochen und 50 g Wurst.
Das zur Ausgabe in dieser Woche vorgesehene ameri-
kanische Schweinefleisch ist nicht rechtzeitig eingetroffen.
Es wird deshalb in der nächsten Woche 1/2 Pfund zur
Ausgabe kommen.

Elbing, den 20. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Zucker.

Ein kleiner Posten Weißzucker, der inzwischen heran-
gekommen ist, ermöglicht es uns, auf die Zuckerarten der
Kinder bis zu 6 Jahren, soweit sie noch anbeliebert sind,
Weißzucker abzugeben und so zunächst wenigstens die Kinder
dieser Jahrgänge mit Zucker zu versorgen. Es wird deshalb
angeordnet:

In folgenden Geschäften:

- E. Fox, Hochstraße 3
- Friedrich Gerlach, Georgendamm 28
- August Hahnke, Leichnamstraße 29
- Joh. Jochem, Jülicher Vorberg 16
- Adolph Kellner Nachf., Seilige Geiststraße 14
- J. Nickel Nachf., Wasserstraße 28
- Fr. Schewe, Neuf. Marienburgerdamm 27
- Otto Schicht Nachf., Schmiedestraße 12
- Carl Werner, Hauptstraße 17

darf bis zum 24. d. Mts. auf drei Abschnitte der
November-Zuckerkarte, lautend über je 250 gr = 750 gr,
Weißzucker abgegeben werden, wenn gleichzeitig für diese
drei Zuckerartenabschnitte (1 Person), ein Sonder-
abschnitt der Vollmilchkarten für Kinder bis zu
6 Jahren (an der rechten Ecke des Kopfes der Vollmilch-
karte für die Zeit vom 27. Oktober bis 28. Dezember be-
findlich) abgegeben wird.

Die Kaufleute haben die auf Sammelbogen auf-
zulebenden Zuckerartenabschnitte in der gewöhnlichen Weise
zur Ablieferung an ihren Großhändler bereit zu halten,
die vereinnahmten Vollmilchkartenabschnitte jedoch
im Ernährungsamt bis zum 26. d. Mts. abzuliefern.

Wegen der Heranschaffung des Zuckers für die übrige
Bevölkerung schweben fortwährend Verhandlungen, die num-
mehr wahrscheinlich in kurzer Zeit zum Ziele führen werden.
Elbing, den 18. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kinder-Nährmittel-Zusatzkarte Nr. 153

die f. St. für 1/4 Pfd. Bonbons aufgerufen wurde, hat
nur noch bis einschließlich 26. d. Mts. Gültigkeit.

Verkaufsstelle nur Gießhaus, Junkerstraße 6.

Infolge Erhöhung der Zuckerpreise sind die Verkaufs-
preise jetzt:

- Konserve-Konfekt 1 Pfund = 3,40 Mark
- Karamellbonbons 1 Pfund = 3,50 Mark
- Fondants 1 Pfund = 5,00 Mark

Elbing, den 20. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Höchstpreis.

Infolge einer Erhöhung des Grundpreises für Hütten-
lötts wird der Höchstpreis für Hüttenlötts bei der Abgabe
an Verbraucher für den Stadtkreis Elbing mit Wirkung
vom 1. d. Mts. ab wie folgt anderweit festgesetzt:

	ab Lager	frei Haus
Bei Mengen bis zu 20 Ztr.	13,60 Mk.	14,50 Mk.
Bei Mengen von mehr als 20 Ztr.	13,55 Mk.	14,45 Mk.

Elbing, den 14. November 1919.

Der Magistrat — Preisprüfungsstelle.

An- und Verkauf von Zucht- und Nutzvieh.

Die in Nr. 253 der Elbinger Zeitung veröffentlichten
Anordnungen des Preussischen Landesfleischamts vom
18. Oktober 1919 und der Provinzialfleischstelle Königs-
berg i. Pr. vom 21. Oktober 1919, betreffend Verbot des
An- und Verkaufs von Zucht- und Nutzvieh, sind auf-
gehoben worden.

Elbing, den 17. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Bersammlungskalender

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: Vertrauens-
männerzung im Volkshaus, kleiner Saal.
Ohne Legitimation kein Zutritt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 5 Uhr: Mitglieder-
versammlung im Volkshaus.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Donnerstag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr: Mitglieder-
versammlung im Verkehrslokal Kretschmann, Wasserstr.

U. S. P. Elbing.

Freitag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr: Allgemeine Ver-
trauensmännerzung im Volkshaus, kleiner Saal.

Freitag, den 21. d. Mts., abends 6 Uhr: Vertrauens-
männer- und Gruppenführer-Sitzung des 4., 5. und
6. Bezirks im Volkshaus.

U. S. P. Vertrauensmänner!

Aus besonderen Gründen findet die Vertrauens-
männerzung, die für Montag, den 24., festgesetzt war,
morgen, Freitag,

im Volkshause statt. Die Parteileitung.

U. S. P. 4., 5., 6. Bezirk.

Freitag, den 21., 6 Uhr im Volkshaus:
Vertrauensmänner und Gruppenführer.

Sitzung.
Erscheinen aller unbedingt erforderlich.
Die Bezirksleitungen.

Verband der Maler etc.

Hotel Stadt Elbing.
Sonntag, den 22. November 1919
findet im oberen Saale ein

großes Tanzfränzchen

statt. Es laden freundschaftlich ein
Anfang 6 Uhr. der Vorstand.

NB. Sämtliche Räume sind gut geheizt.

Nur im Gemeinwohl liegt die Kraft
Der zielbewußten Bürgerschaft;
Nicht in persönlichen Interessen,
Die nur am Wohl des Ganzen fressen.
Dies zu versteh'n ist doch nicht schwer,
Drum wählt die Liste Wegmann-Zehr!

Raucher! Zigarren Raucher!

eigene Fabrikate

sind wieder da bei der Firma

Gustav Dietschreit

Inhaber Hermann Kusch

Innerer Mühlendamm 12 :: Telephon 649

wie allbekannt in den Preislagen

45, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Pfg. usw.

Verkaufszeit der billigen Zigarren bis 70 Pfennig:

Dienstag u. Freitag vorm. von 9—11 Uhr, nachm. von 3—4 1/2 Uhr.

Gleichzeitig empfehle ich mein
reichhaltiges Lager in Zigaretten, Rauch-, Kau- und
Schnupftabake sowie Pfeifen und sämtliche Ersatzteile.

Günstigste Bezugsquelle für Selbstverbraucher!

Stadt-Kino

Alter Markt 39

Von heute, Donnerstag 6 1/2 ab die
großen Sensationschlager

Opfer der Schande

oder: „Die nur für Geld lieben!“

Aus dem Sumpfe des Großstadtlebens.
Großes Sittendrama in 4 spannenden Akten.

Ein Patent-Mädel

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Emil Roediger

Inh.: Ernst Hildebrandt

ein großes Zigarren-Spezialgeschäft en detail
Bahnhofstr. 6a Elbing Fernruf 548

Empfehle kurz vor Eintritt der Bänderbesteuer
sich vorher mit

Zigarren, Zigaretten u. Rauchtobak
zu versehen.

Für jeden Raucher
und für Wiederverkäufer bietet mein Geschäft
günstige Einkaufsgelegenheit.

Wünschen Sie Ihre Garderoben

unter eigener fachmännischer Leitung

sauber gereinigt oder gefärbt?

So übergeben Sie dieselben der

Expressfärberei

Laden Inn. Mühlendamm 17.

Kontor und Annahme in meinem Betrieb
Große Zahlerstraße 24.

Fernruf 957.

Fleischhackmaschinen

Modellschlitten : Schlittschuhe
Stahlwaren : Kochgeschirre
Taschenlampen u. Batterien

sowie sämtliche Eisenwaren empfiehlt billigt

Hermann Bruckert

Brückstraße 3
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Gebr. Nähmaschinen

auch reparaturbedürftige, kauft M. Krüger, Junkerstr. 30.

Stadttheater Elbing

Donnerstag, den 20. d. Mts.,
abends 7 1/2 Uhr:

Die verschwundene Pauline

Freitag, den 21. d. Monats,
abends 7 1/2 Uhr:

Die Faschingsfee

Sonntag, d. 22. d. Mts.,
abends 7 Uhr:

Schüler- u. Volksvorstellung:
Maria Stuart

Freitag u. Sonntag

Fleisch- und
Wurstverkauf.

Kochschlächtere
Georgendamm 15.

Die Stelle des Lager-
ruffen ist besetzt. Allen
Bewerbern besten Dank.

Consum- u. Sparverein.

Wollt Ihr guten Tabak haben,
Herz und Nase Euch zu laben,
Müht Ihr nur zu Wein hin-
[laufen,
Fein ist er nur dort zu kaufen.
Himmelsluft werd' Ihr
[genießen,
Werd' Ihr dessen Tabak prieseln
Und das minderwertig Kraut
Ihr dann in den Ofen haut,
Was Ihr anderswo gekauft.

Gesundheitstobak,
grüner Koinwoer,
gelber Nachlinski,
Kautobak,
türkischer Chagtabak
in nur bester Ware empfiehlt

Otto Heldt

Inh. Otto Wein
Zigarren- und
Tabakhandlung.
am Amtsgericht.

Das

Deutsche Bad

ist wie bisher jeden Tag von
1 Uhr mittags bis abends 7 Uhr
und Sonntagabend von 9 Uhr
vormitt. bis abends geöffnet.
Kassenschluß 1/2 Std. vorher.

Zigarren, Zigaretten

nur aus rein orient. Tabaken
sowie Kautobak
u. prima Rauchtobak
Lebersee,
zu angemessenen Preisen
empfehlen

Frau Helene Wild

Herrenstraße 26.

Jeden Freitag und Sonnabend billiger Zigarettentag! W. Breitfeldt

Zigarren-, Zigaretten- und Tabakhandlung.
Inn. Mühlendamm 18/19
neben Café Gold.

Möbelfabrik Klinger

Neust. Schmiedestraße 12/14

Lieferant erstklassiger Möbel

und kompletter

Wohnungs-Einrichtungen

eigenen Fabrikates

eigene Matratzen-Engros-Fabri-
kation, eigene Polsterwerkstätte,
eigene Marmorschleiferei und

Fabrikation

Kunstgewerbl. Atelier

mit besonderer Abteilung für
Herstellung von Firmen- und
Reklameschildern aller Art.

Reelle Bedienung, keine Phantasiepreise.

Malerarbeiten

werden
sauber und preiswert ausgeführt.

Ad. Wohlert

Malermeister.

Briefpapiere lose und in Kasetten

Photographie-, Post-
karten- u. Postkarten-
Brief- u. Aktentaschen

Zornitter- und
Büchermappen

Unterhaltungsspiele

Typen-Druckereien

Anfertigung
von Kautschukstempeln

Sämtliche Büroartikel
am Lager

empfehlen

G. W. Petersen,
Alter Markt 33, Fernspr. 846.

Karbid

auch kleine Quanten, zu
kaufen gesucht.

M. Krüger, Junkerstr. 30.

Wäsche zum Plätten
wird angenommen

Begelshausstraße 6, II.

Guterhaltener, brauner
Wintermantel

(für Knaben, 1,55—1,60 groß)
ist preiswert zu verkaufen

Fleischerstraße 13, I.

Prismen- od. Marine-
glas zu kaufen gesucht

Holländerchauffee 7, II.

Riesenscheds zu ver-
kaufen Wilhelmstraße 15.

1 Paar Militärstiefel
Größe 28, 1 Paar hohe
Damenstiefel, Größe 39,
verkauft Petke, Storchstr. 2.

Möbliertes Zimmer
von 2 jungen Leuten Nähe
Alter Markt zu mieten gesucht.

Angebote unter G. 66 an
die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Elbinger Standesamt

vom 20. November 1919.

Sterbefälle: Zw.-Rent-
Empf. Ferdinand Gehrmann
70 J. — Arbeiterfrau Augusta
Größe geb. Claasen 32 J. —
Fabrikarb.-Witwe Friederike
Leontine Schulz geb. Buchholz
65 J. — Fabrikarbeiter Karl
Ferdinand Behrendt 61 J.

Verantwortlicher Redakteur
für den politischen, lokalen und
allgemeinen Teil: Gustav
Schroder; für den An-
zeigenteil: F. Rudnitzki,
beide in Elbing. Druck und
Verlag: Verlagsgenossenschaft
Elbinger Volkstimme G. G.
m. b. H., in Elbing.